

Stadt Freiburg im Breisgau · Referat des Oberbürgermeisters Postfach, 79095 Freiburg im Breisgau

FREIE WÄHLER Rathausplatz 2 - 4 79098 Freiburg

- per E-Mail in PDF -

➡ Stadt Freiburg im Breisgau Referat des Oberbürgermeisters für Steuerung und Koordination

T 0761 201- 1063 ob-rsk@freiburg.de Rathausplatz 2-4 79098 Freiburg im Breisgau www.freiburg.de

Ihr Zeichen/Schreiben vom

Unser Aktenzeichen

Ihnen schreibt

Freiburg, den

24.04.2025

Christian Jutzler

03.06.2025

## Ihre Anfrage - Kostenfreie ÖPNV-Nutzung - Orientierung am Wiener Modell

Sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrter Herr Stadtrat,

in Ihrem Schreiben regen Sie an, dass die Stadt Freiburg ein Modellprojekt zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für Kinder und Jugendliche nach dem Vorbild der Stadt Wien anstößt und dieses Modell auf die Stadt Freiburg überträgt.

Sicherlich bekannt ist, dass die VAG die Tarifhoheit im Grundsatz auf den Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) übertragen hat.

Dies bedeutet, dass die VAG eigenständige Tarife oder tarifliche Sonderregelungen grundsätzlich nur in Abstimmung mit dem RVF und den beteiligten Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen umsetzen kann.

Priorität nach den vom Gemeinderat beschlossenen verkehrspolitischen Leitlinien in Freiburg hat, dass bereits bestehende attraktive Fahrplan- und Linienangebot weiter in Taktung und Umfang ausgebaut und auch in Zukunft die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch junge Menschen mit erheblichen städtischen Haushaltsmitteln zu fördern.

Hervorzuheben ist ferner, dass die Stadt Freiburg allein für das Deutschlandticket JugendBW für das laufende Jahr einen städtischen Zuschuss von rund 1,3 Mio. € vorsieht. Hinzukommen Mittel im Rahmen der städtischen Satzung zur Schülerbeförderung von rund 840.000 €.

Mithin unterstützt die Stadt Freiburg derzeit die Mobilität Kinder und Jugendlicher mit ca. 2,1 Millionen Euro pro Jahr.

Aus Sicht der Verwaltung trägt dieser politische Ansatz der Zielrichtung des Wiener Modells Rechnung, die finanzielle Belastung vieler Familien zu mindern, einen Anreiz für das Mobilitätsverhalten sowie Teilhabe junger Menschen zu setzen, den Stadtverkehr zu entlasten und das Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewusstsein auch in die nächste Generation zu vermitteln.

Wie in der derzeitigen Haushaltslage – auch in Anbetracht des vor ca. 7 Wochen verabschiedeten Doppelhaushaltes 2025/2026 – weitere Mindereinnahmen für eine entsprechende Tarifregelung gemäß dem Wiener Modell umgesetzt werden soll, sieht die Verwaltung kritisch. Eine entsprechende politische Diskussion müsste im Rahmen der Haushaltsdiskussion erfolgen.

Da die Tarifabstimmungen auch zwischen den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen und der Stadt Freiburg im RVF zu erfolgen hat, ist ebenso deren politische Schwerpunktsetzungen sowie finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Freundliche Grüße

gez. Meike Folkerts Referatsleitung